

Motion Schnydrig Monika und Mit. über die Einreichung einer Standesinitiative betreffend die Aufnahme von Flüchtlingen

eröffnet am 27. Januar 2025

Der Regierungsrat wird gebeten, im Namen des Kantons Luzern bei den eidgenössischen Räten folgende Standesinitiative einzureichen:

Gestützt auf den Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung unterbreitet der Kanton Luzern folgende Initiative:

Die Schweiz und insbesondere der Kanton Luzern stehen vor grossen Herausforderungen im Asylbereich. Die Anzahl Asylsuchender ist in den letzten Jahren stark angestiegen, was zu einer Überlastung des Asylwesens, zu Problemen im Bereich Sicherheit und zu hohen Kosten geführt hat. So kann es nicht weitergehen. Die aktuelle Situation ist unüberschaubar und untragbar und erfordert griffige Massnahmen, um die Kontrolle zurückzugewinnen.

Der Kanton Luzern fordert den Bund auf, folgende Massnahmen zu ergreifen:

1. *Begrenzung der Aufnahme von Flüchtlingen:* Der Kanton Luzern fordert einen sofortigen Stopp der Zuweisung von Asylbewerbern, bis der Bund die Situation im Asylwesen in den Griff bekommen hat. Dazu gehört beispielsweise die Rückführung von Personen, die einen negativen Asylentscheid erhalten und somit kein Anrecht auf einen Aufenthalt in der Schweiz haben.
2. *Transparente Kostenaufstellung:* Der Kanton Luzern fordert einen sofortigen Stopp der Zuweisung von Asylbewerbern, bis der Bund die Vollkosten des Asylwesens transparent ausweist, einschliesslich der Kosten für die Unterbringung, die Betreuung sowie die Gesundheits- und Sozialkosten (z. B. Krankenkasse). Zu erfassen sind dabei die Kosten für anerkannte und nicht anerkannte Asylbewerber (Status F, N und S).
3. *Effiziente Asylverfahren:* Der Kanton Luzern fordert einen sofortigen Stopp der Zuweisung von «Flüchtlingen», bis der Bund die Asylverfahren beschleunigt und die Rückführung abgelehnter Asylbewerber konsequent durchsetzt.

Begründung:

Der Kanton Luzern ist bereit, seinen Beitrag zur Bewältigung der Asyl- und Migrationsproblematik zu leisten. Die aktuelle Situation ist jedoch untragbar. Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu einer Überlastung der Infrastruktur, zum Verlust von Sicherheit und zu sozialen Spannungen. Die hohen Kosten des Asylwesens belasten die öffentlichen Haushalte. Die Kantone und die Gemeinden müssen für die Versäumnisse des Bundes aufkommen und Millionen für die gescheiterte Asylpolitik des Bundes aufwenden. Der Bund seinerseits setzt sich weder gegenüber den Ländern durch, die ihre Staatsbürger nicht mehr zurücknehmen, noch kontrolliert er die Landesgrenze. Die Auswirkungen auf die Sicherheit, die Wohnsituation und die

Kosten im Gesundheitsbereich sind verheerend und bringen die Kantone, die Gemeinden und die Bevölkerung an den Rand des Tolerierbaren.

Der Kanton Luzern fordert den Bund deshalb auf, die notwendigen, oben aufgelisteten Massnahmen zu ergreifen, um die Situation im Asylwesen zu entschärfen. Solange der Bund das Asylchaos nicht im Griff hat und die Vollkosten nicht ausweist, kann der Kanton Luzern keine weiteren Asylbewerber aufnehmen.

Schnydrig Monika

Ursprung Jasmin, Wicki Martin, Lingg Marcel, Bucher Mario, Lüthold Angela, Frank Reto, Künig Roland, Bossart Rolf, Lötscher Hugo, Waldis Martin, Meyer-Huwyler Sandra, Kunz-Schwegler Isabelle, Zanolla Lisa, Lang Barbara, Wandeler Andy, Gerber Fritz, Gfeller Thomas, Müller Guido, Arnold Robi, Ineichen Benno, Schumacher Urs Christian, Knecht Willi, Dahinden Stephan, Stadelmann Fabian, Theiler Jacqueline, Erni Roger, Meier Thomas, Hunkeler Damian, Hauser Michael, Hodel Thomas Alois